

SEID FRUCHTBAR UND MEHRET EUCH

Mehr Kinder braucht das Land. Die Frage ist nur wie. Lässt sich die Geburtenrate mit familienpolitischen Massnahmen beeinflussen? Die Ökonomen Josef Zweimüller.

Heute kann sich Ariella Dainesi ein Leben ohne den sechs Monate alten Leandro nicht mehr vorstellen. «Ich würde ihn nicht mehr hergeben», sagt die Mutter. Und doch: Geplant war dieses Kind nicht. Ariella Dainesi hatte bereits bei der heute siebenjährigen Elmira nur mit Not einen bezahlbaren Krippenplatz gefunden. Und dies in der Stadt Zürich; auf dem Land wäre es vermutlich noch schwieriger gewesen. Die Ethnologin unterrichtet stundenweise in der Erwachsenenbildung – ein unsicherer Auftrag, der jederzeit wegfallen kann: «So lange ich keinen fixen Job hatte, konnte ich mir einen Krippenplatz nicht leisten, und so lange ich keinen Krippenplatz hatte, konnte ich keine feste Stelle annehmen.» Das wollte Ariella Dainesi eigentlich kein zweites Mal erleben.

Die 37-jährige Mutter steht damit nicht allein. Die Geburtenraten nehmen in den meisten westeuropäischen Ländern immer bedrohlichere Tiefstwerte an. In der Schweiz bekommt eine Frau im Durchschnitt gerade noch 1,4 Kinder. Grund für die sinkende Geburtenraten sind nicht Paare, die vermehrt kinderlos bleiben – deren Anteil habe sich in den vergangenen Jahren gar nicht stark verändert, erklärt Josef Zweimüller vom Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich: «Entscheidend ist vielmehr, dass immer mehr Familien kein zweites oder drittes Kind mehr bekommen.»

ZWEI JAHRE BABYPAUSE

Angesichts dieses stetigen Trends nach unten überschlugen sich die medialen Appelle an potenzielle Eltern: «Mehr Kinder», forderte etwa Bundesrat Couchepin von unseren Familien. Und Economiesuisse-Präsident Ueli Forster verlangte trocken «die Erhöhung der Fertili-

tätsrate». Aber wieso sollten junge Leute diesen Aufforderungen folgen, wenn sich ihnen in der Praxis nur Hürden in den Weg stellen? Ökonomeprofessor Josef Zweimüller wollte es genauer wissen. Seit längerem interessiert er sich dafür, ob eine gute Familienpolitik die Geburtenrate beeinflussen kann. In Österreich fand er dafür eine ideale Datenbasis: 1990 wurde dort der Elternschaftsurlaub von einem Jahr auf zwei Jahre ausgedehnt, bei garantierter Rückkehr in den vorherigen Job und mit einem Kindergeld von rund 450 Euro pro Monat. Dieser Betrag entspricht etwa einem Drittel des mittleren Einkommens erwerbstätiger Frauen in Österreich – genug für die meisten Mütter, um den Urlaub voll auszuschöpfen.

Statt der Mütter hätten übrigens auch die Väter den Elternurlaub beziehen dürfen, aber kaum einer tat das. Pikanterweise wurde der Elternurlaub 1996 wieder von 24 Monaten auf 18 Monate verkürzt, falls er nur von der Frau beansprucht wurde. Hätten auch die Väter mindestens einen Anteil von einem halben Jahr übernommen, hätte sich der Urlaub insgesamt immer noch auf 24 Monate verlängern lassen. «Doch mein Schwager war einer von gerade mal zwölf Tiroler Männern, die mit ihrem Kind zu Hause blieben», meint Zweimüller dazu. Besonders interessant an der untersuchten familienpolitischen Änderung von 1990 war, dass die österreichischen Eltern nun neu zwei Urlaube nahtlos aneinander hängen konnten, wenn sie ein zweites Kind bekamen. Und siehe da, die Wahrscheinlichkeit, dass die Frauen bereits drei Jahre nach dem ersten Baby ein zweites hatten, stieg um 15 Prozent. Natürlich muss «schneller hintereinander» nicht unbedingt auch «mehr» bedeuten. «Aber tatsächlich gab es auch mehr Kinder», konstatiert Josef

Zweimüller. Innerhalb von zehn Jahren nach dem ersten Kind war die Wahrscheinlichkeit für ein zweites nämlich immer noch deutlich höher. Fakt ist also, dass schon eine einzelne familienpolitische Massnahme die Geburtenrate beeinflussen kann.

In der Schweiz können Eltern von solchen grosszügigen Lösungen nur träumen. Ob die hiesigen 14 Wochen Mutterschaftsurlaub eine Frau in ihrem Kinderwunsch beeinflussen können? Oder die minimale Kinderzulage von 200 Franken, die vielleicht bald Wirklichkeit wird? Dann nämlich, wenn sie nicht am Referendum scheitert, das die Wirtschaftsverbände dagegen ergriffen haben. Für angehende Eltern kann ein solches Referendum eigentlich nur eines bedeuten: Schaut selber, wie ihr eure Kinder durchbringt.

ABWÄRTSTREND NUR VERLANGSAMT

Das Sinken der Geburtenrate lässt sich allerdings auch mit hohen finanziellen Anreizen und Jobgarantie nicht stoppen. Der grosszügige Elternurlaub in Österreich hat den Trend nach unten nur verlangsamt, nicht gebrochen. «Es genügt daher nicht, auf monetäre Anreize zu setzen», ist Zweimüller überzeugt, «vielmehr braucht es einen guten Mix von Massnahmen. Die Gesellschaft müsste die Eltern kleiner Kinder grundsätzlich viel besser unterstützen.» Zu dieser Erkenntnis ist man auch in der Schweiz gelangt: Die eidgenössischen Räte haben für vorerst vier Jahre jährlich 200 Millionen Franken aus der Bundeskasse zur Verfügung gestellt, um damit neue Kinderkrippen einzurichten. Nur: Der Bundesrat will diesen Förderbeitrag für die folgenden vier Jahre bereits wieder auf 60 Millionen Franken kürzen. Auch dies kein vertrauensbildendes Signal für junge Menschen, die gerne Beruf und Familie unter einen Hut bringen möchten.

Dabei wäre ein gutes Angebot an Krippenplätzen wesentlich günstiger als ein langer Elternurlaub. Für die Volkswirtschaft kann es kaum von Interesse sein, dass sich gut ausgebildete Frauen für zwei oder vier Jahre vollständig aus dem Arbeitsprozess zurückziehen. Und für die einzelne Firma kann es ziemlich umständlich sein, die jungen Mütter während dieser Zeit zu ersetzen. «Es kommt vor, dass



Grossfamilie: Ludwig und Beatrice Waidacher mit Rico, Isabelle, Monika, Nina, Thomas, Markus, Leo und Baby Beni.

GERECHTE LÖHNE FÜR MANAGER

Firmen den Müttern nach einem Elternurlaub sagen: Wir bezahlen Ihnen den Lohn für die nächsten Monate, aber Sie müssen gar nicht mehr zurückkommen», erklärt Josef Zweimüller. Als Gefahr des Elternurlaubs sieht der Ökonomieprofessor denn auch, dass er sich auf dem Arbeitsmarkt als Bumerang für die Frauen erweisen könnte. Um dies zu verhindern, so Zweimüller, könnten den Firmen zum Beispiel Vergünstigungen bei den Steuern zugesichert werden, wenn sie mehr Frauen beschäftigen.

WENIGSTENS HALBTAGS ARBEITEN

Das Angebot an Krippenplätzen ist nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Österreich eher schwach ausgebaut. «Vermutlich ist diese mangelnde ausserhäusliche Kleinkindbetreuung mit ein Grund dafür, dass der Elternurlaub in Österreich so stark ausgeschöpft wird», meint Zweimüller.

In Zürich hat Ariella Dainesi inzwischen nach langem Suchen für ihren Sohn einen Krippenplatz gefunden. Ziemlich genau ein Jahr nach der Anmeldung wurde in der Krippe beim Arbeitgeber ihres Mannes ein Platz frei. Ende gut, alles gut? Nicht wirklich. Nun ist der kleine Leandro zwar gut betreut, aber die siebenjährige Elmira kommt um 12 Uhr aus der Schule nach Hause – in einer Zeit, die die Mutter eigentlich noch für ihre eigenen Unterrichtszeiten bräuchte. «Es wäre wirklich nötig, dass die Kinder über Mittag in der Schule bleiben können», fordert Ariella Dainesi – «damit jede Frau, die will, in Ruhe mindestens halbtags arbeiten kann.»

KONTAKT Prof. Josef Zweimüller, Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich, zweim@iew.unizh.ch

ZUSAMMENARBEIT Dr. Rafael Lalive, Institut für Empirische Wirtschaftsforschung der Universität Zürich.

FINANZIERUNG Schweizer Nationalfonds, Österreichischer Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung und Forschungs-Stiftung der Universität Zürich.

Gibt es so etwas wie einen gerechten Lohn? Mit dieser Frage beschäftigen sich der Ethiker Anton Leist und der Ökonom Carsten Köllmann im Rahmen des Universi-

Darf ein Topmanager sehr viel mehr verdienen als seine Mitarbeiter, Sekretärinnen und Putzfrauen? Ist die Lohndifferenz gerechtfertigt, weil er sehr viel besser qualifiziert ist und sehr viel mehr und härter arbeitet als die anderen? Oder weil seine US-amerikanischen Kollegen auch so viel verdienen? Ist das hohe Gehalt eines Topmanagers auch dann gerechtfertigt, wenn sein Unternehmen Mitarbeiter entlässt, um Verluste zu kompensieren? Und was ist mit

den Working Poor, von denen es auch in der Schweiz immer mehr gibt? Ist es fair dass sie für ihre Arbeit einen Lohn erhalten, von dem sie nicht leben können? Oder sollte – muss – es Mindestlöhne geben?

Mit solchen Fragen beschäftigt sich das Projekt «Gerechte Löhne und Arbeitsgerechtigkeit» von Anton Leist und Carsten Köllmann. Es ist ein Versuch, Welten zusammenzubringen, die sonst weit voneinander entfernt zu sein



Die Lohnschere öffnet sich immer weiter: 1970 verdienten Manager rund dreissig Mal mehr als durch